

11.11.2005

Nachdenken über ökologische Utopien

Gibt es einen Weg aus der Wachstumsökonomie?

von Serge Latouche Das Ziel einer autonomen und sparsamen Gesellschaft wird von vielen Seiten geteilt, auch wenn die Befürworter es mit unterschiedlichen Begriffen bezeichnen: Wachstumsrücknahme, Antiproduktivismus, Neubewertung des Entwicklungsbegriffs, nachhaltige Entwicklung. Die Produktivismuskritik der Grünen zum Beispiel deckt sich haargenau mit dem, was die "Wachstumsverweigerer" unter Wachstumsrücknahme verstehen.

Das gilt gleichermaßen für die Position von Attac. Attac plädiert in einer ihrer Broschüren für "eine schrittweise und vernünftige Entschleunigung des materiellen Wachstums, wobei diese unter sozialverträglichen Bedingungen stattzufinden hat und als erste Etappe einer Wachstumsrücknahme in allen umweltbelastenden Wirtschaftsbereichen zu verstehen ist".(2)

Tatsächlich reicht die Übereinstimmung bei den Wertvorstellungen, die im Zuge der notwendigen "Neubewertung"(3) als wünschenswert erscheinen, weit über den Kreis der Befürworter einer Wachstumsrücknahme hinaus. Denn ähnliche Vorschläge finden sich auch bei manchen Parteigängern der nachhaltigen oder alternativen Entwicklung.(4) Sie alle halten es für unausweichlich, den "ökologischen Fußabdruck", also die Eingriffe des Menschen in die Umwelt, zu reduzieren.

Auch würden sie wohl unterschreiben, was schon John Stuart Mill Mitte des 19. Jahrhunderts vermerkte: "Alle menschlichen Aktivitäten, die keinen vernunftwidrigen Verbrauch unersetzlicher Materialien nach sich ziehen und die Umwelt nicht irreversibel schädigen, könnten sich grenzenlos entwickeln. Vor allem jene Aktivitäten, die viele für das Wünschenswerteste und Befriedigendste halten - Bildung, Kunst, Religion, Grundlagenforschung, Sport und menschliche Beziehungen -, könnten in Blüte stehen."(5)

Aber fragen wir weiter: Wer würde es heute wagen, gegen den Erhalt des Planeten, gegen den Schutz der Umwelt, gegen die Bewahrung von Tier- und Pflanzenwelt zu plädieren? Wer könnte allen Ernstes die Klimaveränderung und die Zerstörung der Ozonschicht gutheißen? Unter den Politikern wird sich keiner finden. Und sogar unter Unternehmensführern, höheren Managern und Entscheidungsträgern in der Wirtschaft finden sich Befürworter eines radikalen Richtungswechsels, der unsere Gattung vor ökologischen und sozialen Krisen bewahren soll.

Wir müssen also versuchen, genauer zu bestimmen, wer die Gegner einer Politik der Wachstumsrücknahme sind, welche Hindernisse einem solchen Programm im Wege stehen und schließlich welche Regierungsform eine ökokompatible Gesellschaft hervorbringen würde.

Wer sind die "Feinde des Volkes"?

Dem Gegner ein Gesicht zu verleihen ist ein durchaus problematisches Unterfangen, denn Wirtschaftsmächte wie die transnationalen Unternehmen können ja ihre Macht nicht unmittelbar ausüben. Nach Susan Strange "lassen sich die staatlichen Zuständigkeiten im Rahmen einer Marktwirtschaft in vielen Bereichen nicht mehr der Verantwortung einzelner Personen zuordnen"(6). Einerseits bleibt "Big Brother" also anonym, andererseits unterwerfen sich die Menschen "der Wirtschaft" mehr den je aus freien Stücken, da die moderne Werbung mit unendlich viel raffinierteren Methoden arbeitet als die alte Propaganda.

Wie kann man angesichts dessen die Megamaschine "politisch" angreifen? Die traditionelle Antwort in der linksradikalen Tradition lautet: Schuld an allen Blockaden, an der ganzen Ohnmacht, ist "der Kapitalismus". Ist Wachstumsrücknahme also möglich, ohne den Kapitalismus abzuschaffen?(7)

)Jeder Versuch einer Antwort muss sich vor Dogmatismus hüten, damit wir die wirklichen Hindernisse nicht verkennen.

Das Wuppertal Institut spielt für das Verhältnis von Natur und Kapital ein ganze Reihe von Win-win-Situationen durch, beispielsweise das Negawatt-Szenario, das den Energieverbrauch bei Aufrechterhaltung des Bedürfnisniveaus auf ein Viertel reduziert. Mit wohlüberlegten Steuern, Normen, Vergütungen, Anreizen und Subventionen könnte man die erwünschten Verhaltensweisen fördern und Verschwendung in vielen Bereichen vermeiden. Deutschland zum Beispiel macht gute Erfahrungen mit einer staatlichen Bauförderung, die ihre Zuschüsse nicht an den Baukosten, sondern an der Energieeffizienz des Gebäudes bemisst. Bei etlichen Konsumgütern - Fotokopierern, Kühlschränken, Autos - ließe sich der käufliche Erwerb durch Mietverträge, die ständige Neuproduktion durch beständiges Recyceln ersetzen. Doch könnte man damit auch den "Bumerangeffekt" vermeiden, also die Steigerung des materiellen Endverbrauchs stoppen? Das ist völlig ungewiss.

Ein ökologisch kompatibler Kapitalismus ist theoretisch zwar denkbar, praktisch jedoch unrealistisch. Es würde strenge Regulierungsmaßnahmen voraussetzen, wollte man den ökologischen Fußabdruck auch nur verkleinern. Von allein würde sich die von transnationalen Unternehmen beherrschte Marktwirtschaft auf keinen Fall in Richtung Ökonomie bewegen. Die anonym-funktionalistischen Dividendenmaschinen würden ihr Raubtierverhalten ohne Zwang auf keinen Fall ablegen. Selbst Unternehmer, die das Ziel gesellschaftlicher Selbstregulierung befürworten, hätten nicht die Macht, den Trittbrettfahrern - der großen Mehrheit, die nur die kurzfristige Maximierung des Börsenwerts im Auge hat - diese Perspektive aufzunötigen. Eine Instanz, die dazu in der Lage wäre - ob Staat, Volk, Gewerkschaft, Nichtregierungsorganisation oder die Vereinten Nationen -, wäre damit so mächtig, dass sie die gesellschaftlichen Spielregeln neu bestimmen, also die Gesellschaft "neu konstituieren" könnte.

Nun wären ja gewisse staatliche Beschränkungen der wirtschaftlichen Macht, wie sie in Zeiten der keynesianisch-fordistischen und sozialdemokratischen Regulierung wirksam waren, durchaus denkbar und wünschenswert. Doch das Konzept vom Klassenkampf scheint (vorerst?) nicht aufzugehen. Denn diesen Klassenkampf hat das Kapital nicht nur gewonnen, sondern es hat praktisch den gesamten Einsatz kassiert. Wir erleben die letzten Tage der westlichen Arbeiterklasse und nehmen diese Tatsache ohnmächtig, ja gleichgültig hin.

Die "Gesamtkommerzialisierung" der Welt hat triumphiert. Der verallgemeinerte Kapitalismus kann gar nicht anders, als die Erde und die Gesellschaft zu ruinieren, denn die unsichtbaren Grundprinzipien der Marktgesellschaft heißen Maßlosigkeit und zügellose Herrschaft. Eine Gesellschaft der Wachstumsrücknahme ohne Abschaffung des Kapitalismus ist also undenkbar. Allerdings bezeichnet "Kapitalismus" eine historische Entwicklung, die höchst komplex strukturiert ist. Daraus folgt, dass die Eliminierung der Kapitalisten, das Verbot des Privateigentums an Produktionsmitteln, die Abschaffung von Lohnarbeit oder Geld die Gesellschaft ins Chaos stürzen und eine Terrorherrschaft heraufbeschwören würden, ohne dass der unsichtbare Markt damit abgeschafft werden könnte.

Ein Ausweg aus der Falle von Entwicklung, Ökonomie und Wachstum erfordert also keinesfalls den Verzicht auf sämtliche gesellschaftlichen Institutionen, die von der Ökonomie vereinnahmt wurden (Geld, Märkte, auch Lohnarbeit), sondern vielmehr, diese Institutionen in eine andere Logik einzubinden.

Was tun? Reform oder Revolution?

Eine Dynamik der Wachstumsrücknahme ließe sich durch wenige einfache und scheinbar harmlose Maßnahmen in Gang setzen. (8) Ein reformistisches Übergangsprogramm müsste aus der vorliegenden Diagnose nur die Konsequenzen ziehen, die der gesunde Menschenverstand nahe legt. Zum Beispiel müssten wir den ökologischen Fußabdruck verkleinern, das heißt die materielle Produktion auf das Niveau der 1960er-Jahre zurückführen. Weiter müssten wir die Transportkosten in die Preise hineinrechnen, die Warenströme verkürzen, die bäuerliche Landwirtschaft wiederbeleben, die "Produktion" von Kommunikationsgütern fördern, den verschwenderischen Verbrauch von Energie auf ein Viertel reduzieren und die Werbeausgaben stark belasten. Und schließlich brauchen wir ein

Moratorium für technologische Innovationen, um eine ernsthafte Bestandsaufnahme der erreichten Fortschritte vorzunehmen und die wissenschaftliche und technische Forschung neu zu überdenken.

Im Mittelpunkt dieses Programms steht die korrekte Zuschreibung "externer Kosten", die von Einzelnen verursacht werden, aber von der Gesellschaft bestritten werden müssen. Schon damit ließe sich - übrigens in Übereinstimmung mit der orthodoxen Wirtschaftswissenschaft - das Ziel der Wachstumsrücknahme annähernd erreichen. Sämtliche ökologischen und sozialen Funktionsstörungen müssten nach dem Verursacherprinzip den verantwortlichen Unternehmen angelastet werden. Diese "Internalisierung" der Kosten für Transport, Bildung, Sicherheit und Arbeitslosigkeit würde die Funktionsweise unserer Gesellschaften sehr drastisch verändern.

Ein solches "Reformprogramm", das der liberale Ökonom Arthur Cecil Pigou im Grundsatz schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts formuliert hat, würde eine regelrechte Revolution auslösen. Denn es würde den Unternehmen, die der kapitalistischen Logik folgen, weitgehend den Wind aus den Segeln nehmen.

Schon heute versichert keine Assekuranzgesellschaft mehr Risiken, die von der Atomenergie, der Klimaveränderung oder von gentechnisch veränderten Organismen ausgehen. Würde man die Industrie zur Abdeckung der Risiken verpflichten, die ihre Aktivitäten in gesundheitlicher, gesellschaftlicher und ästhetischer Hinsicht mit sich bringen, könnten sie vielfach nicht mehr rentabel produzieren. Das System wäre damit alsbald blockiert. Ist das aber nicht ein weiterer Beweis dafür, dass es einen Ausweg geben muss, dass wir eine praktikable Strategie des Übergangs zu einer alternativen Gesellschaft brauchen?

Das politische Programm der Wachstumsrücknahme ist also schon deshalb ein paradoxes Unterfangen, weil realistische und vernünftige Vorschläge ohne eine totale Subversion der Gesellschaft, ohne die Verwirklichung der Utopie einer alternativen Gesellschaft kaum Chancen haben, überhaupt angenommen, geschweige denn umgesetzt zu werden. Doch der Aufbau einer alternativen Gesellschaft erfordert unendlich komplexe und detaillierte Maßnahmen, die Marx bekanntlich stets abgelehnt hat, weil er nichts von Kochrezepten für die Zukunft hielt. Ein gutes Beispiel wäre die Frage, was aus den Megaunternehmen werden soll. Wie groß dürfen sie denn sein, wie groß soll ihr Umsatz, wie groß ihre Belegschaft sein? Wie sollen technische Makrosysteme in kleinen Produktionseinheiten funktionieren? Soll man bestimmte Wirtschaftsaktivitäten und Produktionsverfahren insgesamt verbieten?(9)

Jedenfalls würden sich zahllose heikle Übergangsfragen stellen. Die heutigen Automobilfabriken zum Beispiel könnten durch ein gigantisches Konversionsprogramm in Produktionsanlagen zur Herstellung von Solaranlagen verwandelt werden.(10) In Deutschland sind schon viele Wohnhäuser mit solchen Anlagen ausgestattet, die, übers Jahr gerechnet, sogar Strom ins Netz einspeisen. Es sind also nicht die Lösungsvorschläge, die fehlen, sondern die Bedingungen für ihre Umsetzung.

Globale Diktatur versus lokale Demokratie

Wachstum ist für unsere Konsumdemokratien eine unerlässliche Voraussetzung, weil ohne Massenkonsum die fortbestehende Ungleichheit unerträglich wäre (und im Zuge der Krise der Wachstumsökonomie auch tatsächlich wird). Die Tendenz zur Nivellierung der Lebensbedingungen ist die imaginäre Grundlage der modernen Gesellschaft. Ungleichheit wird nur als vorübergehendes Manko hingenommen, weil die Güter, die gestern ein Privileg der Reichen waren, heute allgemein erschwinglich sind, und weil der Luxus von heute schon morgen für alle da sein wird.

Viele bezweifeln deshalb, ob die demokratischen Gesellschaften die notwendigen Maßnahmen zur Begrenzung des Wachstums überhaupt ergreifen können. Einen Ausweg aus den heutigen Zwängen sehen sie deshalb allein in einer Art autoritärer Ökokratie, einer Art Ökofaschismus oder Ökotalitarismus. Über solche Konzepte zur Rettung des Systems wird in den höchsten Sphären des Empires bereits laut nachgedacht.(11) Wenn die "Massen des Nordens" ihren Lebensstandard bedroht sähen, würden sie bereitwillig Demagogen hinterherlaufen, die ihnen den Erhalt ihrer Freiheit versprechen.(12)

Das Konzept der Wachstumsrücknahme setzt auf eine völlig andere Perspektive. Die Anziehungskraft der konvivialen Utopie könnte - zusammen mit der unabweisbaren Notwendigkeit von Veränderung -

eine "Entkolonialisierung des Imaginären" begünstigen und ausreichend Impulse zur Entwicklung von Verhaltensweisen liefern, die einer vernünftigen Lösung im Sinne einer lokalen Ökodemokratie förderlich sind.

Die Wiederentdeckung und Wiederbelebung der lokalen Dimension ist als Weg zur Wachstumsrücknahme weitaus erfolgversprechender als das stets problematische Prinzip universeller Demokratie. Dass die Welt nur unter der Bedingung einer "Einheit aller Menschen" harmonisch funktionieren könne, gehört zu den gut gemeinten, aber falschen Ideen, die der ganz gewöhnliche Ethnozentrismus des Westens verbreitet hat.

Für einen friedlichen Austausch zwischen den Gesellschaften ist gerade die Vielfalt der Kulturen eine unabdingbare Voraussetzung.(13) Demokratie kann wahrscheinlich nur funktionieren, wenn ihre Grundeinheit, als eine Art moderne "Polis", nicht allzu groß und auf einer Basis gemeinsamer Werte errichtet ist.(14)

Takis Fotopoulos zum Beispiel argumentiert, dass Demokratie für alle nur in Form einer "Konföderation von Demoi" denkbar ist, das heißt von kleinen homogenen Einheiten von ungefähr 30 000 Mitgliedern. Nur so ließen sich die meisten Grundbedürfnisse lokal befriedigen: "Viele moderne Großstädte müssten angesichts ihrer gigantischen Ausmaße wohl in mehrere Demoi aufgeteilt werden."(15)

Solche kleinen "Stadtteilrepubliken" würden sich auch für die Art von urbaner Umgestaltung anbieten, die Alberto Magnaghi vorschwebt: Im Zuge einer komplexen und bis zu hundert Jahre dauernden "Sanierungsphase" strebt er "die Schaffung einer neuen Geografie" an, also die Wiederherstellung der durch den Menschen zerstörten Umwelt- und Landschaftssysteme.(16)

Gewiss, das klingt utopisch. Aber die Utopie des Lokalen ist vielleicht viel realistischer als gemeinhin angenommen. Denn hier erwachsen die Erwartungen und Möglichkeiten aus dem konkret gelebten Alltag der Bürger, wie Fotopoulos betont: "Eine Kandidatur bei Kommunalwahlen bietet die Möglichkeit, den Umbau der Gesellschaft von unten in Angriff zu nehmen, was die einzig demokratische Strategie ist - im Gegensatz zu den etatistischen Methoden (die die Macht im Staate anstreben, um die Gesellschaft von oben zu verändern) und den so genannten zivilgesellschaftlichen Ansätzen (die das System überhaupt nicht verändern wollen)."(17)

Nach diesem Modell wären die Beziehungen zwischen den vielen "Poleis" durch eine "Demokratie der Kulturen" geregelt. Bei dieser "pluriversalistischen" Perspektive handelt es sich nicht um eine Weltregierung, sondern um eine minimalistische Schiedsinstanz zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen souveränen, ganz unterschiedlich gestalteten Poleis. Raimon Panikkar sieht als Alternative zu einer Weltregierung das Prinzip der Bioregionen, das sind "Naturregionen, in denen Herden, Pflanzen, Tiere, Wasser und Menschen ein einheitliches und harmonisches Ganzes bilden".(18)

Die Entstehung solcher "demokratischen" Lokalinitiativen ist jedenfalls realistischer als die Schaffung einer Weltdemokratie. Wenn es unmöglich ist, die Vorherrschaft des Kapitals und der Wirtschaftsmächte frontal zu stürzen, bleibt immerhin die Möglichkeit, sich dieser Vorherrschaft zu verweigern. Dies ist auch die Strategie der Zapatisten und ihres Subcomandante Marcos. Die Rückeroberung oder Neuerfindung der *commons* (des Gemeindelands, des Gemeineigentums, des kommunalen Raums) und die Selbstorganisation der Bioregion Chiapas mag, wiewohl in einem anderen Kontext angesiedelt, veranschaulichen, worum es dem dissidenten lokalistischen Ansatz geht. (19)

Fußnoten:

(1) Siehe etwa das "Réseau des objecteurs de croissance pour un après-développement" (Rocad), www.apres-developpement.org.

(2) Attac, *Le Développement a-t-il un avenir?*, Paris (Mille et une nuits) 2004, S. 205 f.

(3) S. Latouche, "Circulus virtuosus", *Le Monde diplomatique*, Nov. 2003; ders., "Minuswachstum: Die falsche Kritik der Alternativökonomien", *Le Monde diplomatique*, Nov. 2004.

(4) Bereits 1975 empfahl die Dag-Hammarskjöld-Stiftung Selbstbeschränkungsmaßnahmen: "Einschränkung des Fleischkonsums, keine Steigerung des Erdölverbrauchs, sparsamere Gebäudenutzung, Herstellung haltbarer Gebrauchsgüter, Abschaffung von Privatautos usw." (Camille Madelain, "Brouillons pour l'avenir: contributions au débat sur les alternatives", *Les nouveaux*

Cahiers de l'iuéd 14, Paris, Genf (PUF) 2003, S. 215).

(5) John Stuart Mill, "Grundsätze der politischen Ökonomie", Aalen (Scientia-Verlag) 1968.

(6) Susan Strange, "The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy", Cambridge (Cambridge University Press) 1996.

(7) Debatte in *La Décroissance* 4, Lyon, Sept. 2004.

(8) Dies schließt weitere Maßnahmen wie die Besteuerung von Finanztransaktionen oder die Festsetzung eines Höchsteinkommens natürlich nicht aus.

(9) Nach Ivan Illich sind manche Werkzeuge von Hause aus "konvivial", andere nicht. Siehe Illich, "Selbstbegrenzung", München (Beck) 1998.

(10) Dazu Maurizio Pallante, "Un futuro senza luce?", Rom (Editori Riuniti) 2004.

(11) Etwa bei den Bilderberg-Konferenzen der globalen ökonomischen und politischen Eliten.

(12) Dazu William Stanton, "The Rapid Growth of Human Population 1750-2000", Brentwood 2003.

(13) Dazu das letzte Kapitel meines Buches: "Justice sans limites", Paris (Fayard) 2003.

(14) Takis Fotopoulos, "Vers une démocratie générale. Une démocratie directe, économique, écologique et sociale", Paris (Seuil) 2001. S. 115.

(15) Ebd., S. 215.

(16) Alberto Magnaghi, "Le projet local", Brüssel (Mardaga) 2003, S. 38.

(17) Takis Fotopoulos, a. a. O., S. 241.

(18) Raimon Pannikar, "Politica e interculturalità", Città di Castello (L'Altrapagina) 1995, S. 22 f.

(19) Gustavo Esteva, "Celebration of Zapatismo. Multiversity and Citizens International", Penang 2004.

Aus dem Französischen von Bodo Schulze